

P r o t o k o l l

der Sitzung des Studentenparlaments der THD vom 25.11.1975.

Anwesenheitsliste:

Mensebach, Vorlop, Hannelore Mensebach, Frühwacht, Steinhäuser,  
Haak

Bettina Schröder

Grießmann

Jörg Lange, Krischanitz

Ernst Seeger

J. Herbst

Monika Greif, Bettermann, H.W. Frank W. Meier, Kira Stein, Felbinger

Peter Senger, T. Heyer, Gehbauer, Kissel, Weidner, Fiszman, Klemm,

Pfeiffer, Seibert, Klär

Ältestenrat: S.v.Hopf garten

ASTA: Djazayeri, Oehlschläger

Tagesordnung:

1. Feststellung der TO
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
3. Lesung der Haushaltspläne
  - 3.1 3. Lesung des Abschlusses 73
  - 3.2 1. und 2. Lesung des Abschlusses 74
4. Absetzung es Marburger ASTA
5. VDS-Aktionswoche
6. Verschiedenes

zu TOP 1:

Die Tagesordnung wurde in der vorgeschlagenen Form angenommen.

zu TOP 2:

Das Protokoll der letzten Sitzung wurde angenommen.

zu TOP 3:

- 3.1 Der Jahresabschluß 73 wurde in 3. Lesung bei 5 Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.
- 3.2 Der Jahresabschluß 74 wurde in 1. und 2. Lesung bei je 5 Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

zu TOP 4:

Es lagen drei Anträge vor.

1. Antrag Juso-Hochschulgruppe

"Das Stupa möge beschließen: Die Studentenschaft der THD protestiert energisch gegen die Auflösung des Marburger ASTA durch den Präsidenten der Uni Marburg. Sie sieht darin einen Angriff auf das von den Studenten wahrgenommene Recht auf eine eigenständige und unabhängige Interessensvertretung.

Angesichts der Verschlechterungen, die jetzt die gesamte Universität treffen, stellt diese Maßnahme einen offensichtlichen Versuch dar, die ASTen als Organe zu zerstören, durch die die Studenten ihre Einheit für die Durchsetzung ihrer Forderungen und Interessen herstellen können.

Kein Student kann akzeptieren, daß durch das Marburger Beispiel bayrische Verhältnisse in Hessen eingeführt werden.

Das Studentenparlament ruft alle Studenten auf, in Fachschaftsvollversammlungen und auf den Veranstaltungen des AStA die Situation zu diskutieren und über Stupa, AStA und Fachschaften gemeinsame Forderungen und Aktionen durchzuführen.

Das Stupa fordert den AStA auf, gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend, dem Stadtschülerrat Darmstadt und den Abendgymnasialisten am 13.12. eine Demonstration vorzubereiten und folgenden Forderungen Nachdruck zu verleihen:

- sofortige Rücknahme des Staatskommissars in Marburg
- volle Unabhängigkeit unserer Interessensorgane von Landesregierung und Hochschulverwaltung
- für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung an Hochschule, Schule und Betrieb
- für die Wiedereinsetzung des Marburger AStAs mit allen seinen Rechten."

Auf Antrag von Bettina Schröder wurde namentlich abgestimmt. Der Antrag wurde mit 13 ja, 7 nein und 5 Enthaltungen angenommen.

## 2. Antrag der KHG

Dieser Antrag wurde nach seiner Verlesung unter dem TOP 5 behandelt.

## 3. Antrag MSB-Spartakus

"Das Stupa möge beschließen:

Die Amtsenthebung des Marburger AStA ist kein Einzelfall, sondern als ein vorläufiger Höhepunkt der Angriffe auf unsere demokratischen Rechte zu verstehen.

Diese Angriffe sind nicht zufällig, sie finden in einer Zeit statt, in der der soziale und wirtschaftliche Besitzstand der Studenten sowie der arbeitenden und lernenden Bevölkerung massiv abgebaut wird und sich das kapitalistische System als unfähig erweist, die Bedürfnisse der arbeitenden und lernenden Bevölkerung zu befriedigen.

Es paßt den Herrschenden unseres Landes nicht, wenn immer mehr Studenten und ihre Interessensvertretungsorgane erkennen, daß sie sich gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung und ihren Gewerkschaften gegen die Sparpolitik der Regierung und CDU/CSU zur Wehr setzen müssen.

Den Studenten zu verbieten, gemeinsam mit anderen Betroffenen außerhalb der Hochschule ihre Interessen zu vertreten, hieße, sie politisch zu entmündigen und ihnen einen Maulkorb umzuhängen.

In einer demokratischen Gesellschaft müssen die am Wissenschaftsprozess beteiligten Studenten, Arbeiter wie Hochschullehrer das Recht haben, die politischen und gesellschaftlichen Implikationen und Auswirkungen der Wissenschaft zu reflektieren und mit spezifischen Mitteln der Wissenschaft ebenso wie mit jenen politischen Mitteln, die jedem Staatsbürger zur Verfügung stehen, für ihre eigenen Interessen einzutreten.

- Deshalb fordern wir die sofortige Wiedereinsetzung des Marburger AStA!
- Wir fordern entschieden die gesetzliche Verankerung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungshoheit und Beitragshoheit!

Wir fordern gleichzeitig unseren AStA auf, eine Urabstimmung für die Wiedereinsetzung des Marburger AStA und für die gesetzliche Verankerung ... zu organisieren. Termin: 1.-3.Dez.

Mit der Urabstimmung werden die Darmstädter Studenten ein sichtbares Votum abgeben. Während dieser Zeit müssen von Fachschaften und AStA Diskussionen in den Vorlesungen und Seminaren organisiert werden.

Der AStA unterstützt die regionale Demonstration am 28.11. in Marburg und organisiert Busse, daß auch Darmstädter Studenten teilnehmen können. Der AStA organisiert eine örtliche Demo, mit der wir auch in Darmstadt unsere sozialen und politischen Forderungen stärker bekannt machen wollen."

Dieser Antrag wurde bei einigen Enthaltungen und Fürstimmen mit Mehrheit abgelehnt.

Zusatzanträge:

1. Spiewack (AStA Info-Ref):

"Der AStA wird beauftragt, eine Nachtwache für Marburg, bestehend aus Studenten der TH, zu organisieren und durchzuführen."

Bei 5 Gegenstimmen (RCDS) wurde der Antrag angenommen.

2. Weidner (Juso-HSG):

"Der AStA unterstützt die regionale Demo am 28.11.75 in Marburg und organisiert Busse, damit auch Darmstädter Studenten teilnehmen können."

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Protokollerklärung der SHI (Grießmann):

"Wir distanzieren uns aufs allerschärfste von dem brunsdummen Gewäsch unserer Studentenvertreter vom Ring Christlich undemokratischer Studenten, die im Zusammenhang mit ihren Landtagspartei-freunden die verfaßte Studentenschaft liquidieren wollen und sich (andererseits?) immer wieder dafür einsetzen, daß Recht bleibt, was gerade Recht ist oder auf Grund finanzieller Transaktionen von ihren heutigen Parteiliebesfreunden, den ehemaligen Nazi-Richtern, als Recht uminterpretiert wird."

zu TOP 5:

Zu diesem TOP lagen drei Anträge vor.

1. Antrag Juso-HSG

zu einer gemeinsamen Demonstration der Schüler, Lehrlinge und Studenten nach den VDS-Aktionstagen am 13.12.

"Das Stupa möge beschließen:

Bei allen Teilen der Jugendlichen hat sich die Ausbildungssituation und die soziale Lage drastisch verschlechtert. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise, die in Form der Arbeitslosigkeit für jeden erfahrbar wird, sollen die Ausbildungskosten gesenkt werden. Für die Lehrlinge heißt das Krupp-Stufenplan, für die Schüler Oberstufenreform und für die Studenten Hochschulrahmengesetz.

Gegen diese Krisenmaßnahmen haben jedoch auch Zehntausende ihren Widerstand gezeigt. Um diesen Widerstand gegen das Krisendiktat des Kapitals zusammenzufassen, ist ein einheitliches Vorgehen aller Betroffenen notwendig. Vor diesem Hintergrund schlagen wir eine einheitliche Demonstration aller Darmstädter Schüler, Lehrlinge, Abendgymnasiasten und Studenten vor, um gegen die soziale Verschlechterung und die zunehmende politische Disziplinierung zu protestieren. Als Termin kommt der 13.12. in Frage. Dies ist für uns die Möglichkeit, den VDS-Kampagne an der Hochschule in den Kampf aller Jugendlichen einzugliedern. Am 4.12. soll eine GesamtVV der THD durchgeführt werden, die die Diskussionen und Forderungen der Studenten zusammenfaßt."

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

## 2. Antrag der Fachschaft Architektur

"Das Studentenparlament möge beschließen:

1. Der AStA wird aufgefordert, zu der gemeinsamen Demonstration aller Darmstädter Hochschulen am Donnerstag, 4.12.75, aufzurufen und durch gezielte und ausführliche Informationen vorzubereiten.
2. Diese Information soll auf einer durch den AStA vorbereiteten Vollversammlung für die gesamte TH Anfang nächster Woche geschehen. Diese Vollversammlung soll die VDS-Aktionstage zum Thema haben.
3. Die schriftlichen Ergebnisse der 3 Arbeitsgruppen sollen den Fachschaften zur weiteren Verbreitung übermittelt werden."

Es wurde über die drei Punkte getrennt abgestimmt.

Punkt 1 wurde mit von Schröder beantragter namentlicher Abstimmung mit 15 nein, 7 ja und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 2 wurde bei einigen ja und Enthaltungen mit Mehrheit abgelehnt.

Punkt 3 wurde mit großer Mehrheit angenommen.

## 3. Antrag der KHG

"Das Studentenparlament möge beschließen:

Aufgrund der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in der BRD tritt immer schärfer eine Politik der Bundes- und Landesregierung zutage, die darauf ausgerichtet ist, die Lasten der Krise auf das Volk abzuwälzen und den Widerstand dagegen mittels politischer Disziplinierungen zu bekämpfen.

Diese Politik findet ihre Fortsetzung an den Hochschulen mit Einschränkung der Ausbildungsförderung, Stellen- und Mittelkürzungen, verschärften Studien- und Prüfungsbedingungen und Einschränkung der politischen Bewegungsfreiheit an den Hochschulen. Sie drückt besonders auf die Lage der Studenten, deren Unterhalt und Zukunft nicht durch Besitz und Reichtum der Eltern abgesichert ist.

Die studentischen Vertretungskörperschaften sind für uns notwendig, um die Bewegung unter den Studenten gegen diese Maßnahmen des Staates zusammenzufassen und konkrete Kampf Schritte dagegen zu organisieren.

Je mehr die Organe der verfaßten Studentenschaft den Zusammenschluß der Studenten voranbringen, desto stärker versucht der bürgerliche Staat, diese Hebel zur Organisation des Widerstandes zu zerschlagen. Dies sieht man am Beispiel des AStAs der Fachhochschule Darmstadt, dem mit 2000 DM Geldstrafe untersagt wurde, den Auftrag der Studenten nach Organisation des Streiks gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung auszuführen. Dem TH-AStA wurden von Präsident Böhme Maßnahmen angedroht, falls er weiterhin die damals streikenden Wohnheimbewohner unterstützen würde. Ein noch schärferer Angriff auf die Rechte der Studenten ist die Ersetzung des Marburger AStAs durch einen Staatskommissar, weil der AStA das politische Mandat wahrgenommen hat. Ähnliche Schritte sind in Gießen geplant und die Landesregierung erwägt die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft in Hessen.

Wir aber können auf die uneingeschränkte Wahrnehmung des politischen Mandats nicht verzichten. Die Maßnahmen des bürgerlichen Staates richten sich gegen das ganze Volk. Wollen wir uns nicht in der Hochschule einmauern lassen, so müssen wir auch aufzeigen, wo es Grundlagen für ein gemeinsames Handeln gibt. Rein hochschulpolitische Fragen existieren nicht. Als Studenten müssen wir uns auch mit so allgemeinen Fragen wie § 218, Steuererhöhungen usw. befassen.

Zurückweichen vor Landesregierung und Gerichten in der Frage des politischen Mandats nützt uns keinen Pfifferling. Lassen wir uns das Maul verbieten, wird uns der Staat um so mehr das Fell über die Ohren ziehen.

Die beste Maßnahme zur Unterstützung der Marburger Studenten und zur Verteidigung unserer Rechte ist die uneingeschränkte Wahrnehmung des politischen Mandats durch unsere studentischen Vertretungskörperschaften an dieser Hochschule. Deshalb fordert das Stupa den AstA und alle Fachschaftsvertretungen auf, nicht zurückzustecken und das politische Mandat unbedingt wahrzunehmen.

Weiter fordert das Stupa den AstA auf, im Rahmen der von den VDS beschlossenen Aktionstagen gegen die Verschlechterung der sozialen und politischen Lage der Studenten gemeinsam mit den anderen Darmstädter Asten eine Demonstration am 4.12.75 zu organisieren, um unseren Forderungen in der Öffentlichkeit Nachdruck zu verleihen.

Der AstA wird aufgefordert, zur Vorbereitung dieser Demonstration und zur Beratung weiterer Aktionen (wie z.B. eines Marsches durch die Hochschule zum Studentenwerksgeschäftsführer Schwarz, um u.a. auf die schnelle Bearbeitung der Bafög-Anträge zu drängen) eine Gesamtvollversammlung am 1.12.75 einzuberufen.

- Für kostendeckende Ausbildungsförderung, jetzt 600 DM! Erhöhung des Elternfreibetrags auf 1200 DM! Streichung der Darlehensregelung! Einbeziehung der ausländischen Studenten in die Ausbildungsförderung!
- Rücknahme der Stellen- und Mittelkürzungen an den Hochschulen!
- Rücknahme aller politischen Entlassungen!
- Uneingeschränktes politisches Mandat der verfaßten Studentenschaft!
- Einstellung aller Lehrer!
- Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Hochschulabgänger!"

Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung (Antrag Schröder) bei 2 ja, 7 Enthaltungen und 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

Feststellung der Beschlußunfähigkeit um 22.30 Uhr.